

SAARLAND



LANDES JOURNAL

Saar-Polizei: Personalnot bleibt!

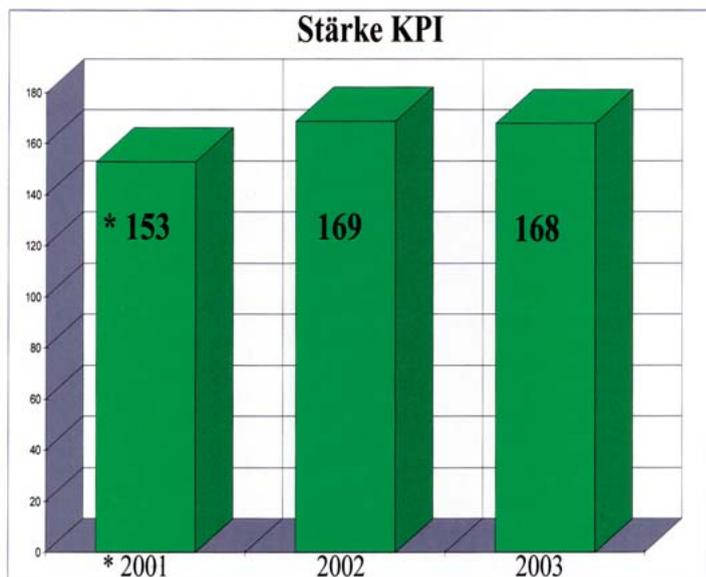
„Erstmals seit Jahren wieder mehr Beamte, aber: weniger Polizisten für die Verkehrsüberwachung und Prävention“, so lautete die Überschrift der Titelseite der Saarbrücker Zeitung am 28. September 2003. Aber nicht nur auf der Titelseite dieser Ausgabe, sondern auch in mehreren umfangreichen Berichten auf der Seite „Landespolitik“ und in Regionalausgaben wurde Personal- und Sachausstattungsproblemen der saarländischen Polizei großer Raum gewidmet.



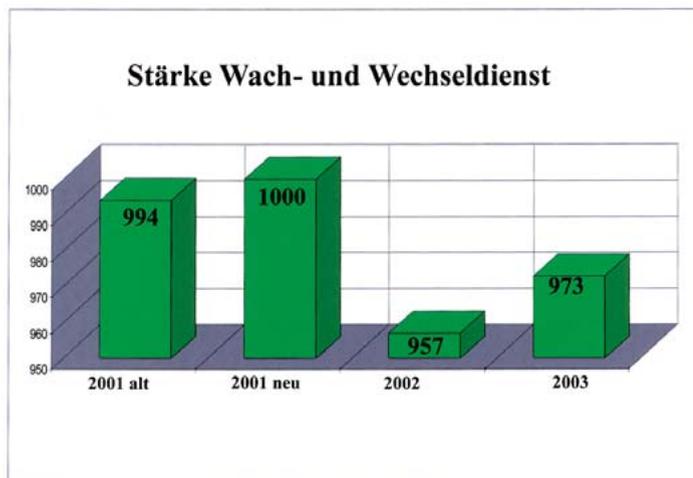
Die Ministerin (2. v. l.) bei der PI Wadern

Ausgangspunkt hierfür war die Berichterstattung über die Dienststellenbereisung der Ministerin für Inneres und Sport, Annegret Kramp-Karrenbauer. Bei diesen Bereisungen waren neben Landespolizeidirektor Paul Haben jeweils Lokalreporter der Saarbrücker Zeitung und auch regionale Landtagsabgeordnete zugegen.

Die Themen, mit denen die Kolleginnen und Kollegen die Ministerin konfrontierten, waren auf allen Dienststellen fast die gleichen. Ausgehend von den gerade erfolgten Einschnitten und Verschlechterungen bei der Beihilfe waren die geplanten schmerzhaften Einschnitte bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Verlängerung der Wochen- und



* vorgesehen zum 1. 1. 2002, LKA und LPD stellten Personal bereit



Lebensarbeitszeit Hauptthemen der Diskussionsrunden. Am kritischsten und schwerwiegendsten wurde jedoch unisono die zu dünne Personaldecke auf den einzelnen Dienststellen gewertet. Die Überalterung im Wach- und Wechseldienst sowie die Vielzahl

von nur noch eingeschränkt verwendungsfähigen Kolleginnen und Kollegen, stelle ein ebenso gewichtiges Problem dar. Es werde immer schwieriger, die Rund-um-die-Uhr-Besetzung der

Fortsetzung Seite 2

LANDES JOURNAL

Fortsetzung von Seite 1

Dienststellen zu gewährleisten, obwohl die Ü-Dienste zumeist schon dazu verwandt werden müssten, die dienstverrichtenden Dienstgruppen künstlich am Leben zu erhalten, klagten viele und meinten, dass ihre Freizeit kaum noch zu planen sei.

Bei den Polizeiposten wurde das Fehlen vernetzter Computer bemängelt. So müssen dort anfallende Vorgänge quasi doppelt erfasst werden, da sie die Daten zuerst auf dem Posten erfassen müssen, um sie dann bei der Polizeiinspektion in das Dipol-Netz eingeben zu können. Zu Zeiten akuter Personalnot eine nicht akzeptable Verschwendung von Personalressourcen. Einen ganz dicken Hammer vermeldeten die Kollegen des Polizeiposten Über-

herrn: Dort gibt es noch nicht einmal fließend warmes Wasser!

Parlamentarische Anfrage

Aber auch die Presseerklärung des innenpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag, Reinhold Jost, zum Thema polizeiliche Präsenz im Saarland, war Grund für die Behandlung der Thematik in den saarländischen Medien. Jost argumentierte auf der Grundlage von Datenmaterial, das er durch eine parlamentarische Anfrage an die saarländische Landesregierung zu dieser Thematik erhalten hatte.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die **Dezember-Ausgabe** unseres Landesteils ist der **3. November 2003**.

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland
Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Johann Karl Wannemacher (Vi.S.d.P.)
Polizeihauptpersonalrat beim MfIS
Scheidter Straße 110
66123 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 9 62-15 13
E-Mail: gdp Saarland@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489

Polizei als Sparopfer Notfall erkannt

- VON M. JUNGSMANN -



Kommissar Rottstift, der mehr als 500 Stellen bei der Saar-Polizei im Sparwahn rigoros gestrichen hatte, ist bei den Ordnungshütern

längst entlassen. Die Politik hat ihn nach dem Regierungswechsel im Herbst 1999 gefeuert. Doch vier Jahre später ist die Personalnot bei der Polizei immer noch akut. In dieser Zeitspanne konnte nicht aufgeholt werden, was in mehr als einem Jahrzehnt abgebaut worden ist.

Der Notfall bei der Saar-Polizei ist erkannt. Von der regierenden CDU schon seit geraumer Zeit. Sie reagiert mit verstärkten Neueinstellungen und Übernahmen von anderen Bundesländern. Doch vorerst sind dies nur kleine Pflaster auf große Wunden. Aus Erfahrung klug oder um manche bittere Erkenntnis schlauer sind auch die Sozialdemokraten im Land. Die heutige Opposition gibt zu, in vergangenen Regierungszeiten mit ihrer rigorosen Personalabbaupolitik gravierende Fehler gemacht zu haben. Diese Beichte der reuigen Sünder hilft den Beamten, die in den Inspektionen auf dem Zahnfleisch gehen, leider nicht unbedingt weiter. Und tröstet auch nicht über die Erkenntnis hinweg, dass demnächst noch das Weihnachtsgeld gekappt wird.

Die Saar-Polizei, die für den Standortfaktor Sicherheit im „Aufsteigerland“ verantwortlich ist, braucht neben Investitionen in die Technik konstante Neueinstellungen auf hohem Niveau – trotz Sparzwang. Um eine Lobby in der Politik muss sich das ehemalige Stiefkind der SPD ja nicht mehr sorgen.

Auszug SZ vom 20. September 2003

Wenn Polizisten mit ihrer Dienstherrin sprechen . . .

Geschichten wiederholen sich

- VON MATHIAS WINTERS -

Kannst du irgendwann nicht mehr hören. Immer die alte Litanei: Zu wenig Personal, zu schlechte Ausstattung, zu hohe Belastung. Geht doch allen so im öffentlichen Dienst. Lehrer, Finanzbeamte und die in der Justiz, was sollen die denn sagen? Moment bitte, so einfach geht es nicht, die Probleme der Polizei abzuhandeln.



Positiv ist, dass Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer bei ihren Besuchen unserer Polizeiinspektionen nicht so flach argumentiert hat. Noch besser wäre es freilich gewesen, noch mehr zuzuhören. Sie selbst und Landespolizeidirektor Paul Haben, ranghöchster Polizist im Saarland, haben

der Versuchung nicht widerstanden, zu viel Gesprächsanteil zu beanspruchen. Schade.

Dass sich Geschichten aus den Inspektionen wiederholen, ist dabei nicht anzuprangern – denn die politischen Antworten tun es erst recht.

Zum Beispiel im Tenor: Wir als Politik geben den Rahmen vor, den ihr als Polizei füllen könnt. Sollen es Polizei-Chefs als Wohltat empfinden, in Eigenverantwortung Mängel verwalten oder bei Dienstplänen die Quadratur des Kreises versuchen zu dürfen? Nein, liebe oberste Dienstherrin und lieber Landespolizeidirektor, der Rahmen passt nicht mehr. Das war deutlich heraus zu hören.

Auszug Saarbrücker Zeitung vom 20. September 2003

Wir haben auf der Titelseite einige Tabellen abgedruckt.

Kommentare SZ

Weiterhin haben wir die SZ-Kommentare von Mathias Winters und Michael Jungmann abgedruckt.

Es ist sicherlich interessant, wie unterschiedlich sich die Kommentatoren mit dem Problem auseinandersetzen.

Beihilfe

Mittlerweile hat die Innenministerin „handwerkliche Fehler“ im Zusammenhang mit der

Änderung der Beihilferichtlinien eingeräumt. Diese würden zur Zeit aufgearbeitet und dann mit entsprechenden Nachbesserungen verbunden werden.

So sollen etwa Behandlungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, nach „altem Recht“ abgerechnet werden, wenn die Behandlung vor dem 1. August 2003 begonnen hat.

Ebenso hat sie auf eine Sozialklausel in den Beihilfevorschriften hingewiesen, wonach mit Einverständnis des MfIS und der Beihilfestelle Ausnahmen zulässig sind.



Ministerin bei der PBI Merzig

EINKOMMENSREDUZIERUNGEN

Saar-Beamten geht's ans Geld

Ohne Rücksicht auf die massiven Proteste der ÖD-Gewerkschaften hat das saarländische Kabinett am Dienstag, dem 7. Oktober 2003, die Kürzung des Weihnachtsgeldes und die Streichung bzw. Kürzung des Urlaubsgeldes für die saarländischen Beamtinnen und Beamten beschlossen.

Bei Gesprächen am 19. September und am 4. Oktober waren die Vorsitzenden von DGB, ver.di, GEW und GdP (Eugen Roth, Rolf Linsler, Klaus Kessler und Hugo Müller) in der Saar-

- keine Kürzungen im Jahre 2003
- keine Sonder- bzw. Schlechterbehandlung der Pensionäre
- stärkere familienspezifische Ausrichtung durch Berücksichtigung des Familienzuschlags für Familien mit Kindern zu 100% sowie eines weiteren Betrages pro Kind von 25,- €
- 66% Sonderzuwendung bis einschließlich Besoldungsgruppe A 10 (statt A 9) und 62% bis einschließlich A 14 (statt A 13), Auszahlung als Einmalbetrag mit dem Dezembergehalt



Gesprächsrunde am 19. September 2003 bei Ministerpräsident Peter Müller (2. v. l.)

Foto: TS/DGB

brücker Staatskanzlei, um dem Ministerpräsidenten den Unmut und die Verärgerung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst über die geplanten Kürzungen auszudrücken.

Begleitet wurde das Gespräch am Samstag (4. Oktober) und die Kabinettsitzung am Dienstag (7. Oktober) von Protestaktionen. Trotz des strömenden Regens und des frühen Gesprächsbeginns (jeweils 8:00 Uhr) waren viele KollegInnen vor Ort und zeigten dem Ministerpräsidenten überdimensionale „rote Karten“.

Auch wenn – trotz engagierter Argumentation – im Grundsatz keine Annäherung möglich war, konnten jedoch im Verhältnis zur Ursprungsplanung Verbesserungen erreicht werden:

- möglicherweise Einfügung einer „besonderen Revisionsklausel“, die die Anwendungsdauer des Gesetzes begrenzt und eine „automatische“ Verlängerung verbietet.

Die Protestaktionen fanden großes Medieninteresse und

Beamte laufen gegen neue Opfer Sturm

Saarbrücken (red). Die Beamten laufen im Saarland Sturm – gegen die von der Landesregierung geplante Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes. Für diesen Samstag um acht Uhr ist bereits eine Protestdemonstration vor der Saarbrücker Staatskanzlei geplant, wo die Spitzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften für den öffentlichen Dienst sich bei Ministerpräsident Peter Müller für einen Verzicht auf diese einschneidende Sparmaßnahme stark machen.

Auszug SZ vom 4. Oktober 03

sowohl Ministerpräsident Peter Müller als auch Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer wurden nicht müde, ständig zu wiederholen, dass das Saarland nichts anderes tun könne als die übrigen Bundesländer; man stehe als „Nehmerland“ in der Verpflichtung, etwas zu tun.

Wenn man aber genau hinschaut, wieso es eigentlich eine „Öffnungsklausel“ gibt, dann muss man bei diesen Rechtfertigungen an die Geschichte des Zaubrerlehrlings denken: „Die Geister die ich rief, die werd' ich nicht mehr los“!

Rückblick Öffnungsklausel

- Im vergangenen Jahr (2002) hatte eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der MinisterpräsidentInnen von Berlin, Sachsen, Schleswig-Holstein und dem Saarland die Idee einer Öffnungsklausel für die besoldungsrechtlichen Vorschriften der Beamten entwickelt. Hiernach wären im Bereich des Grundgehaltes und der sog. Sonderzuwendungen regionale Einkommensreduzierungen von bis zu 18% möglich gewesen.

● In der Bundesratsitzung am 14. Februar 2003 beantragten die Länder Berlin, Brandenburg und das Saarland eine Öffnungsklausel für beide Sonderzuwendungen, also sowohl

Urlaubs- als auch Weihnachtsgeld. ● Bei einem Spitzengespräche der ÖD-Gewerkschaftsvorsitzenden am 18. Februar 2003 mit Ministerpräsident Peter Müller, Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und dem

Chef der Staatskanzlei, Karl Rauber, ließ der Ministerpräsident schließlich die Katze aus dem Sack: Er bleibe zwar bei seiner Grundaussage, die Beamten nicht schlechter zu stellen als die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes. Er halte aber ganz eindeutig das jetzt erzielte Tarifiergebnis für völlig überzogen und insbesondere für finanzschwächere Bundesländer prinzipiell nicht realisierbar. Daher werde die saarländische Landesregierung in der nächsten Tarifrunde im Jahre 2005 eine deutlich stärkere Regionalisierung sicherstellen. Dies entweder innerhalb des jetzigen Systems der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, wenn es sein muss aber auch außerhalb. Bei der Tarifrunde 2005 werde es dann auf jeden Fall zu deutlichen sozialen und/oder finanziellen Abstrichen im Tarifbereich kommen. Und um dann die entsprechenden Verschlechterungen auch auf den Beamtenbereich übertragen zu können, werde er jetzt bereits für eine beamtenspezifische Öffnungsklausel eintreten.

- Bei der Bundesratsitzung am Freitag, 14. März 2003, hatte das



Rote Karten für den Ministerpräsidenten am 4. Oktober 2003

Saarland, gemeinsam mit Bayern, Berlin und Sachsen den Antrag eingebracht, den Ländern die besoldungsrechtliche Kompetenz über die sog. Sonderzuwendungen (Weihnachts- und

Fortsetzung Seite 4

LANDES JOURNAL

EINKOMMENSREDUZIERUNGEN

Fortsetzung von Seite 3

Urlaubsgeld) zuzuordnen. Bisher waren alle Besoldungs- und Versorgungsbestandteile bundeseinheitlich geregelt.



Hugo Müller (2. v. r.) redet zu den Demonstranten Kürzungen abgab.

Wer derart massiv dafür gesorgt hat, dass eine Öffnungsklausel eingeführt wird, braucht jetzt nicht nach Entschuldigungen zu suchen, wenn er mit deren Hilfe 20 Millionen Euro bei den Beamtinnen und Beamten des Saarlandes einsparen will. Dass die Bevölkerung auch nicht mit diesen Kürzungen einverstanden ist, ergab eine Leserumfrage der Saarbrücker Zeitung, die am 8. Oktober veröffentlicht wurde (siehe Abdruck). 65% der 6626 Teilnehmer waren der Meinung, dass die Kürzungen bei Urlaubs-

und Weihnachtsgeld zu weit gehen.

Am 8. Oktober fand im Landtag eine Sitzung statt, bei der Ministerpräsident Peter Müller eine Regierungserklärung zu den

Zitat des Ministerpräsidenten: **„Wir werden uns im Ergebnis keine Dinge leisten können und dürfen, die sich andere, finanzstärkere Länder auch nicht leisten.“**

Auch diese Landtagsdebatte wurde durch Protestmaßnahmen begleitet.

Die Kürzungen konkret:

Der vom Kabinett beschlossene Gesetzentwurf sieht vor:

- Für das Jahr 2003 wird Urlaubs- und Weihnachtsgeld nicht gekürzt.

- Ab dem Jahr 2004 wird die Sonderzuwendung für Besoldungs- und Versorgungsempfänger gestaffelt auf **70%** (Besoldungsgruppen **A 2 bis A 6**), **66%** (Besoldungsgruppen **A 7 bis A 10**), **62%** (Besoldungsgruppen **A 11 bis A 14 und C 1**) und **58%** (ab Besoldungsgruppe **A 15, C 2, R 1 und höher**) abgesenkt und für die höchsten Besoldungsgruppen auf 3.200 Euro beziehungsweise 2.400 Euro (Versorgungsempfänger) begrenzt.

- Als Familienkomponenten werden der Familienzuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in voller Höhe und der Sonderbetrag für Kinder nach dem bisherigen Sonderzuwendungsgesetz in Höhe von 25,56 Euro gewährt.

- Durch eine Änderung des Ministergesetzes wird ausdrücklich geregelt, dass der Ministerpräsident des Landes – wie auch ehemalige Ministerpräsidenten und deren Hinterbliebene – keine Sonderzahlung mehr erhalten.

- Das bisherige Urlaubsgeld wird ab dem Jahr 2004 auf die Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 begrenzt und in verminderter Höhe (165 Euro) gewährt.

einschließlich Familienzuschlag, Amts- und Stellenzulage sowie Ausgleichs- und Überleitungszulagen. Für jedes kindergeldberechtigte Kind wird ein Sonderbetrag von 25,56 Euro gezahlt.

Das sog. Weihnachtsgeld ist auf dem Niveau von Dezember 1993 eingefroren und nimmt nicht mehr an den jährlichen Besoldungs- und Versorgungserhöhungen teil. Zur Ermittlung der Höhe werden die Bezüge (aus



GdP-Demonstranten am 7. Oktober vor der Staatskanzlei

- Das Gesetz enthält eine Revisionsklausel bis 2005.

Was sind eigentlich Sonderzuwendungen?

Einmal im Jahr wird im öffentlichen Dienst eine Sonderzuwendung – besser als Weihnachtsgeld bekannt – gezahlt. Der zu zahlende Grundbetrag setzt sich aus den Dienstbezügen (Grundgehalt) zusammen, also

dem ersten Absatz) im Dezember des laufenden Jahres mit denen des Monats Dezember 1993 ins Verhältnis gesetzt. Für das Jahr 2003 beträgt es noch 84,29%; ab 2004 werden nur noch zwischen 58 und 70% gezahlt – je nach Besoldungsgruppe. Dies gilt sowohl für Aktive als auch Versorgungsempfänger. Bei Anwärtern wird analog der Anwärtergrundbetrag plus Familienzuschlag plus Amts- und Stellenzulage berechnet.

Einkommensverluste ab 2004:

Beispiel: Unser Eckmann ist verheiratet, hat 2 Kinder und ist in der Leistungsstufe 9. Im ersten Fall ist er POM (A 8), im zweiten Fall PHK (A 11).

Für das Jahr 2004 muss der POM mit 1,64 % und der PHK mit 2,08 % Einkommensverlust rechnen.

Besoldungsstufe	A 8	A 11
anrechenbares Brutto	2690,86	3.385,69
Weihnachtsgeld 2003	2319,25	2904,92
Weihnachtsgeld 2004	1920,53	2256,56
Verlust Weihnachtsgeld	- 332,34	- 648,36
Verlust Urlaubsgeld	- 167,34	- 255,65
Gesamtverlust ab 2004	- 566,06	- 904,01
Jahresbrutto 2003	34609,57	43533,20
prozentualer Verlust 2004	- 1,64	- 2,08

Leser-Antwort

Mehrheit gegen Kürzungen bei Saar-Beamten

Eine klare Mehrheit der 6626 „SZ“-Leser, die sich gestern bei der Umfrage per Telefon oder Internet beteiligten, hat sich gegen Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld der knapp 50 000 saarländischen Landesbediensteten ausgesprochen. Das Landeskabinett hat gestern die geplanten Kürzungen gebilligt. Die Gewerkschaften und der Beamtenbund kündigten unterdessen Protestkundgebungen an. (Seite A 5: Bericht)

- Die Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Saar-Beamten muss sein: **35 Prozent**
- Die Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Saar-Beamten geht zu weit: **65 Prozent**

Auszug SZ vom 8. Oktober 2003

BEFÖRDERUNGEN

Beförderungen im Jahr 2003

Zahlen, Fakten, Hintergründe von Hugo Müller

Für das gesamte „Beförderungsjahr“ 2003 stand ein Budget von 708 323 Euro zur Verfügung. Nach Ausschöpfen von rund 68% des Budgets zum 1. April blieb für 1. Oktober 2003 ein Restbetrag von rund 222 700 Euro.

Mit den tatsächlich realisierten Beförderungen wurde das Budget um rund 2800 Euro überschritten.

Die Beförderung zu einer bestimmten Besoldungsgruppe wird, bezogen auf das Haushaltsjahr 2003, in einen bestimmten Geldbetrag umgerechnet. So wird etwa für die Beförderung von A 8 nach A 9 ein Betrag von 2200 Euro, von A 10 nach A 11 von 3200 Euro gerechnet.

An der Verteilung des Jahresgesamtvolumens war – unter Berücksichtigung der vorgenannten Einzelbeträge – der mittlere Dienst mit rund 35% bzw. 247 100 Euro, der gehobene Dienst mit rund 54% bzw. 380 500 Euro und der höhere Dienst mit rund 11% bzw. 83 500 Euro beteiligt.

Es erfolgten ganzjährig folgende Beförderungen:

Nach A 8: 4 Bef., nach A 9 mD: 93 Bef., nach A 9 mZ: 13 Bef., nach A 9 gD prüfungsfrei: 246 Bef., nach A 9 gD „FHS“: 26 Bef. (die Eingruppierung in A 9 gD für „Direkteinsteiger“ ist keine Beförderung in diesem Sinne), nach A 10 prüfungsfrei: 21 Bef., nach A 10 „FHS“: 62 Bef., nach A 11: 20 Bef., nach A 12: 10 Bef., nach A 13 gD: 12 Bef., nach A 13 hD: 5 Bef., nach A 14: 4 Bef., nach A 15: 3 Bef., nach B 3: 2 Beförderungen.

In den zwei Schwerpunktbereichen wurden mit den 93 Beförderungen von A 8 nach A 9 mD 204600 Euro und den 62 von A 9 nach A 10 „FHS“ 176400 Euro investiert.

Dies entspricht einem Anteil von ca. 54% am Gesamtbudget.

Wer entscheidet über die Aufteilung?

Die Verteilungsprinzipien bzw. Budgetanteile pro Besoldungsgruppe werden vom Ministerium in Abstimmung mit den Behördenleitungen definiert. In weiteren Abstimmungsgesprächen hat der PHPR begrenzt die Möglichkeit der Einflussnahme. Orientierungskriterien für alle Beteiligten sind etwa die Zahlen aus der im Frühjahr 2001 von der Landesregierung beschlossenen Konzeption zur Entwicklung der Stellenstruktur („Baltes-Konzept“), die noch vorhandene Zahl der Anwärter zum jeweiligen Beförderungsamt, die freien Beförderungsstellen gem. Stellenplan, Möglichkeiten der sinnvollen Grenzziehung in der jeweiligen Anwärtergruppe unter Beachtung der einschlägigen Auswahlkriterien usw.

Welche Auswahlkriterien gelten, wer definiert sie?

Die „auswahlbefugte“ Stelle, also das Ministerium für den gehobenen und höheren Dienst und die Behörden LPD und LKA für den mittleren Dienst, definiert die Auswahlkriterien. Dabei ist das Leistungsprinzip zu beachten, d. h. unantastbaren Vorrang genießt die Beurteilung. Ist diese im Wesentlichen gleich, steht der auswählenden Stelle ein – gerichtlich bereits mehrfach bestätigter – weiter Ermessensspielraum zu. Dies bedeutet in der Praxis, dass sog. Sekundärkriterien wie Rangdienstalter, Dienstalter, Lebensalter, Funktion und/oder Lehrgangsergebnis – bezogen auf einzelne Besoldungsgruppen sowie Beförderungstermine – unterschiedlich priorisiert werden können. Kontinuität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit zur Ermöglichung individueller Karriereplanung und Herstellung von

Akzeptanz bei den Betroffenen sind dabei zwar wünschenswerte Prinzipien. Leider werden sie aus meiner Sicht bisweilen allzu sehr vernachlässigt. Gleichwohl: Die Verwaltungsgerichte haben in den letzten Jahren Beförderungsauswahlentscheidungen nur im Falle groben Ermessensfehlergebrauches aufgehoben – also fast nie. Die konkreten Kriterien bzw. Zusammenhänge in den einzelnen Besoldungsgruppen hier



Beim Beförderungstermin auf dem Wackenberg

darzustellen würde den Platz sprengen. Gerne beantworten die Kollegen im PHPR aber eure Fragen, auch im Hinblick auf individuelle Beförderungsperspektiven.

Ruft doch einfach an.

Anzeige



GdP Reiseservice informiert









Große Reise zum

Inselparadiese im ewigen Frühling!

Mit A'ROSA BLU auf die Kanaren

PartnerPreis* ab € 295,-



*Bei unserer Aktion PartnerPreis zahlt die 1. erw. Person den Preis für eine 2er-Belegung laut Katalog. Die 2. bis 4. erw. Person in derselben Kabine zahlt jeweils den reduzierten PartnerPreis. Ein limitiertes Kabinenkottingent ist verfügbar.

■ Mit A'ROSA BLU von November 2003 bis März 2004 auf der Route BLU Sol 7 Tage Kanarische Inseln und Madeira: ab Santa Cruz/Teneriffa über Funchal, Santa Cruz/La Palma, Puerto del Rosario/Fuerteventura, Las Palmas/Gran Canaria, Arrecife/Lanzarote nach Santa Cruz/Teneriffa, z. B. in der 2-Bett-Außenkabine, A, incl. Flug, 1. Person ab € 1.390,-

2. Person ab € 295,-*

aROSA

Unsere Hotline: 0681-84 12 40 Fax: 0681-84 12 424

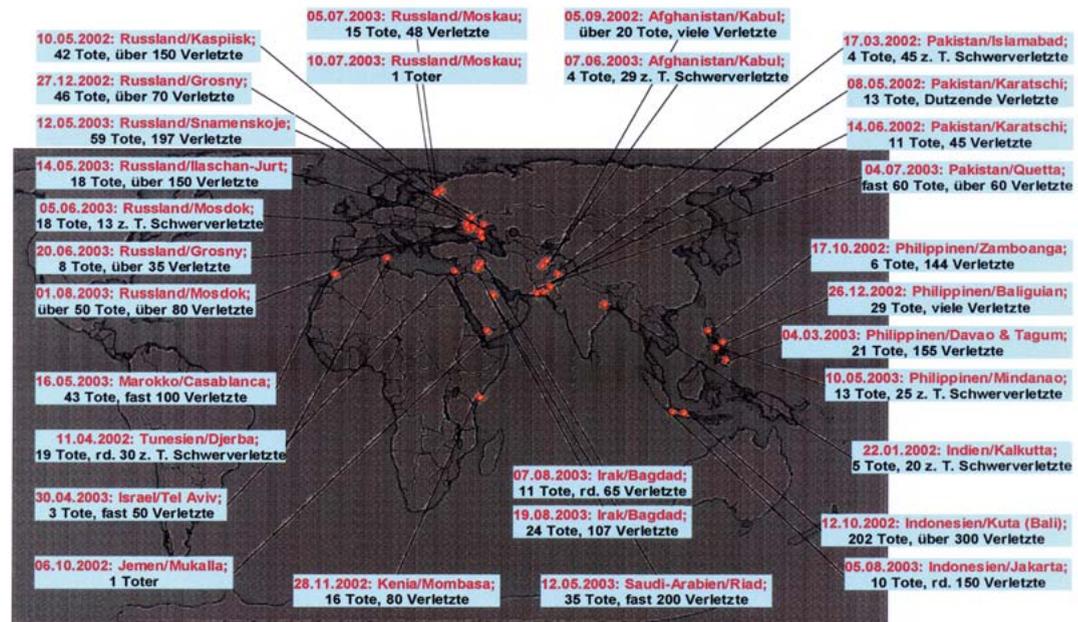
Fachtagung „Globaler Terrorismus“

Am 11. September 2001 hatten Terroristen mit bis dahin nicht gekannter Brutalität und in nicht erlebtem Ausmaß Anschläge in New York und Washington verübt und damit die zivilisierte Welt erschüttert. Durch diese neue Dimension des Terrorismus haben sich die Aufgaben für Polizei und Bundeswehr angesichts des globalen Terrorismus verändert.

Der 2. Jahrestag dieser Attentate war für die GdP und den Bundeswehrverband Anlass, eine gemeinsame Fachtagung mit dem Titel: „Globaler Terrorismus – Globale Bekämpfung“ in Berlin zu veranstalten. Deutsche Polizei berichtete ausführlich in der Oktober-Ausgabe darüber.

Terrorismusexperte Berndt Georg Thamm gab in seinem beeindruckenden Vortrag einen Überblick über das al-Qa'ida-Terrornetzwerk. Brigadegeneral Manfred Engelhardt zeigte die Rolle der Bundeswehr und Ernst Uhlrau die Rolle des Nachrichtendienstes bei der Terrorismusbekämpfung auf. Den Nachmit-

Sprengstoffanschläge durch Selbstmordattentäter der al-Qa'ida



Erschreckende Übersicht von Berndt Georg Thamm

tag nahm eine Podiumsdiskussion ein, die sich mit innerer und äußerer Sicherheit nach dem 11. September 2001 befasste.

Für die saarländische GdP nahmen an dieser Fachtagung teil: Dr. Helmut Albert, Hugo Müller, Reinhold Schmitt, Ralf Porzel und Charly Wannemacher.



Die saarländische GdP-Delegation vor dem Schöneberger Rathaus

TERMINE

Mitgliederversammlung KG Neunkirchen

Die diesjährige Mitgliederversammlung der KG Neunkirchen findet am **12. 11. 2003 um 14.00 Uhr in Neunkirchen Hangard, Ostertal-Halle**, statt. Zu dieser Veranstaltung, bei der u. a. Hugo Müller sowie der Seniorenverteter Artur Jung sprechen werden, sind alle Mitglieder der Kreisgruppe herzlich eingeladen.
Hartmuth Emmerich

Mitgliederversammlung KG St. Wendel

Die Jahresmitgliederversammlung findet am **Freitag, dem 14. 11. 2003, 14.00 Uhr, in Selbach, Gaststätte Oldenburger Hof**, statt. U. a. wird Hugo Müller über aktuelle Gewerkschaftspolitik informieren. Anschließend traditioneller Ausklang mit „Imbiss“ und Gesprächen. Für unsere Pensionäre kann bei Bedarf ein Fahrdienst eingerichtet werden. Thomas Ehlhardt

Junge Gruppe: Kennenlernparty

Kennenlernparty des FHSV-Kurses P 24 und der Jungen Gruppe für alle Kolleginnen und Kollegen.
Wann: **Freitag, 7. November, ab 20:00 Uhr**
Wo: **Bürgerhaus Burbach**

POLIZEIFEST

Ball der Polizei 2003

Hugo Müller begrüßte die Gäste.



Perry (li.) zeigte LKA-Chef Harald Weiland Tricks.

Am 20. September 2003 fand der diesjährige Ball der Polizei in der St. Ingberter Stadthalle statt. Bei der gut besuchten Veranstaltung konnte GdP-Landesvorsitzender Hugo Müller neben Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer u. a. auch den OB von St. Ingbert, Dr. Winfried Brandenburg, begrüßen.

Auch diesmal wurde ein buntes Programm geboten. Conférencier Perry führte gekonnt durch das Programm und verblüffte mit einer humoristischen Zauber- und Bauchredner-Show. Jo Herz zeigte Zeichnen mit Turbogeschwindigkeit und bewies in einer Hand-Painting-Show, dass man tolle Bilder auch ohne Pinsel, nur mit den Handflächen, malen kann. Den Höhepunkt des Abends stellten die Ward Brothers dar, bei deren Comedy-Show kein Auge trocken blieb. Zu der Musik der Headline Showband wurde noch bis tief in die Nacht getanzt. Es war mal wieder eine gelungene Veranstaltung.



Jo Herz: Malen mit der Hand



Tolle Show der Ward Brothers

PERSONALIEN

Herbert Keßler wird Bürgermeister

52,73 Prozent der Stimmen konnte Herbert Keßler bei der Bürgermeister-Urwahl am 5. Oktober 2003 in Mandelbachtal (12000 Einwohner) auf sich vereinen.

Wir gratulieren ihm ganz herzlich zu seiner Wahl. Herbert Keßler ist seit seiner Einstellung 1969 GdP-Mitglied. Sein dienstlicher Weg führte ihn vom Wach- und Wechseldienst über KPA, LKA hin zur KPI, wo er als Leiter des SG 11 eingesetzt ist.

Für die GdP war er viele Jahre in der Rechtsschutzkommission, im Kreisgruppenvorstand und im Personalrat tätig. Wir wünschen

ihm viel Glück für sein Bürgermeisteramt in Mandelbachtal.



Herbert Keßler

Reinhold Schmitt wird 50

Am 9. November wird Reinhold Schmitt 50 Jahre alt.

Nach der Einstellung 1972 in die saarländische Polizei wurde er gleich GdP-Mitglied. Ab 1975 war er Vertrauensmann beim damaligen Prev. 2 Saarbrücken, von 1988 bis 1990 KG-Vorsitzender in Dudweiler. Seit 1990 ist er stellvertretender Landesbezirksvorsitzender.

Im Personalrat der PI Saarbrücken war er von 1980 bis 1990 Vorsitzender; dem PPHR gehört er seit 1997 an, davon ab 2001 als Vorsitzender.

Wir wünschen dem Bikerfan Reinhold alles Gute für die

Zukunft, vor allem aber Gesundheit.



Reinhold Schmitt

LANDES JOURNAL

BIKER ECKE

Biker Rückblick 2003

Der Herbst hat uns bereits voll im Griff, der Winter steht unmittelbar vor der Tür. Mit Wehmut denken die Biker an den zurückliegenden Sommer der ganz besonderen Art zurück. Nicht nur bezogen auf das Gala-Wetter, sondern unter anderem auch wegen der beiden Events für Polizei-biker:

● **Die Blue Knights, Germany XII – Saar-Pfalz** – hatten vom 19. bis 22. Juni nach Tholey zu ihrer

Konferenz 2003 eingeladen. Dem Aufruf folgten Polizistinnen und Polizisten mit ihren Motorrädern, nicht nur aus ganz Europa, sondern auch aus Kanada und den USA.

Die GdP machte den KollegInnen natürlich ihre Aufwartung und überbrachte ein Präsent für die Tombola. Die Veranstaltung war mega-spitze, zumal der Erlös einem sozialen Zweck zugeführt worden ist.



Blue-Knights-Treffen in Tholey



Sammlung deutscher Polizeiwappen auf englischer Weste

● Höhepunkt war aber wohl das diesjährige **Biker-Treffen der GdP Berlin** vom 29. Mai bis 1. Juni. Die meisten der 11 saarländischen Biker verlängerten Hin- und Rückfahrt noch jeweils um einen Tag, um dadurch den Weg über die neuen Bundesländer, den Spessart und die Rhön noch mehr genießen zu können.

Höhepunkt in der Bundeshauptstadt war sicherlich der Motorradkorso am 31. Mai durch ganz Berlin. Dem Motto „Die GdP macht mobil – Biker für ein gewaltfreies Europa“ folgend, hatten sich auch einige ortsansässige Biker-Clubs außerhalb der Polizei angeschlossen.

Ein Top-Act! So lautete die übereinstimmende Bewertung, die auch auf dem zwischenzeitlich stattgefundenen Nachtreffen mit Bilderaustausch bestätigt worden ist.

Auf ein Neues im nächsten Jahr!?



Teil der saarländischen GdP-Biker beim Berlin-Treffen

PERSONALIEN

Herbert Quintus wurde 60

Am 6. Oktober wurde unser langjähriges GdP-Mitglied Herbert Quintus 60 Jahre alt.

Herbert Quintus war aktiver GdP'ler, u. a. Kreisgruppenvorsitzender in Dudweiler und in Völklingen; aber auch im Personalrat war er tätig.

So gehörte er dem Gesamtpersonalrat beim damaligen SPA und dem örtlichen Personalrat in Saarbrücken an.

Wir wünschen dir lieber Herbert alles Gute, vor allem aber Gesundheit und ein „starkes“ und gesundes Herz.



Herbert Quintus

KG LKA

Die Geschichte der M. (Kurzform)

Der Tag war gekommen. Sie konnte ihrem Schicksal nicht entkommen. Vorbei die Zeit der Suche nach Staub und Krümeln. Der letzte große Einsatz mit Blaumann und Gummistiefeln in der Hellwigstraße zeigte noch, wie wichtig sie im LKA war. Nur wenn sie fehlte, fiel dies auf.

Ursula Müller hat uns verlassen. Ihre aktive Zeit im LKA ist vorbei. Sie genießt nun den „Unruhestand“ an der Seite ihres Mannes.

Weiterhin viel Glück und viel Gesundheit.

Frau Müller, bleiben Sie MITTENDRIN, wie Ihre GdP, KG LKA.



Ursula Müller mit ihrem Erinnerungsgeschenk